

+ + + Landtagsticker + + +

Ausgewähltes aus der Landtagssitzung vom 08./09.07.2020

#Europa

Notwendiger Neustart der EU unter deutscher Ratspräsidentschaft

Die Fraktion DIE LINKE fordert die Landesregierung auf, im Bundesrat und gegenüber der Bundesregierung darauf hinzuwirken, dass während der EU-Ratspräsidentschaft Deutschlands finanzielle Mittel für die von der Corona-Pandemie besonders betroffenen Regionen im Rahmen eines europäischen Wiederaufbaufonds mindestens in der von der Kommission vorgeschlagenen Höhe von 750 Mrd. Euro bereitgestellt werden. Darüber hinaus soll eine EU-weite Mindestlohnregelung etabliert und die unerträgliche Situation für Flüchtlinge an den EU-Außengrenzen durch eine solidarische Flüchtlingspolitik beendet werden. Der *europapolitische Sprecher Wulf Gallert* verwies in seiner Begründung zum Antrag darauf, dass die existentielle Krise der EU zu Beginn der Pandemie hat gezeigt, dass noch immer nationale Reflexe stärker sind als europäische Solidarität und eine darin eingebettete Wirtschafts- und Finanzpolitik. Zeitweise habe die gefährliche Illusion die Politik dominiert, dass sich Deutschland und damit auch Sachsen-Anhalt auch dann gut entwickeln könne, wenn große Teile der EU durch die Corona-Pandemie irreversibel geschädigt werden. Dieser grundlegende Irrtum werde allein schon mit Blick auf die Abhängigkeit der wirtschaftlichen Entwicklung Deutschlands von der Entwicklung der gesamten EU belegt. Die Bundesrepublik Deutschland und Sachsen-Anhalt können sich nur in einer sich stabil entwickelnden EU weiterentwickeln. Dazu gehört in erster Linie die Akzeptanz der EU in ihren Mitgliedsländern, die jedoch durch die Austeritätspolitik der letzten Jahre schwer geschädigt worden ist. Deshalb ist ein Neuanfang der europäischen Politik gerade auch im Interesse unseres Bundeslandes nötig.

#Gesundheit in der Krise

Krankenhauslandschaft in der Krise

Gleich zwei Anträge stellte die Fraktion DIE LINKE im Rahmen einer aktuellen Debatte zur Gesundheitsversorgung.

Keine unzulässige Arbeitnehmerüberlassung im Gesundheitswesen

Anlass für diesen Antrag sind die Pläne der AMEOS-Kliniken im Salzlandkreis und im Landkreis Börde nicht-ärztliches Personal in eine Beschäftigungsgesellschaft auszulagern. Darin sieht die Fraktion DIE LINKE eine mögliche unzulässige Arbeitnehmerüberlassung. Zudem sei nicht auszuschließen, dass mit der damit verbundenen Arbeitnehmerüberlassung gestaltungsmisbräuchlich Gelder der Versicherten für die Krankenversorgung in den Konzern umgelenkt werden sollen. Die Landesregierung soll daher eine Prüfung veranlassen und gegebenenfalls auf eine Untersagung hinwirken. *Swen Knöchel, Vorsitzender der Enquete-Kommission Gesundheitsversorgung*, verwies darauf, dass der AMEOS-Konzern auf diese Weise versuche, den Abschluss eines Tarifvertrages zu umgehen, trotz des nach monatelangen Streiks in den AMEOS Kliniken und des großen Einsatzes der Beschäftigten in der Corona-Krise. Die Kliniken im Salzlandkreis, die sich im Besitz des AMEOS-Konzerns befinden, seien für die Krankenversorgung in der Region unabdingbar. Daher bestehe ein öffentliches Interesse, dass diese Krankenhäuser rechtmäßig und zukunftssicher geführt werden.

Garantien des Landes für Krankenhausplanung

Im Fokus eines weiteren Antrages steht die derzeitige Krankenhausplanung, deren wesentlicher Fehler sei, dass die Landesregierung sie als bloßes Bestandsverzeichnis verstehe. Der Krankenhausplan von Sachsen-Anhalt ist am 1. Dezember 2019 in Kraft getreten, kann aber in der

Praxis kaum durchgesetzt werden. Regelmäßig werde der in ihm verankerte Versorgungsanspruch durch die wirtschaftlichen Interessen einzelner Krankenhausträger infrage gestellt, so Swen Knöchel weiter. Die Schließung von einzelnen Stationen, wie Geburten- und Kinderstationen, die Reduzierung von Kapazitäten oder die drohende Schließung z. B. des Klinikums Havelberg sind Beleg für die Systemfehler und zugleich den mangelnden Willen der Landesregierung, den Krankenhausplan durchzusetzen. Deshalb fordert DIE LINKE von der Landesregierung unter anderem die Garantie der aufgrund der aktuellen Krankenhausplanung festgelegten Standorte, Versorgungsstufen, vorzuhaltenden Fachgebiete, einschließlich spezifischer Versorgungsaufträge und Ausbildungsstätten. Damit soll den Einwohner*innen, Beschäftigten und Landkreisen Sicherheit für die bestehenden Standorte gewährleistet und den Krankenhausträgern eine Orientierung ihrer Verpflichtungen gegeben werden.

#Umwelt

Brüchau und Teutschenthal – Fehler der Landesregierung untersuchen

Nach zahlreichen Debatten im Landtag und in den Ausschüssen zur Bohrschlammdeponie Brüchau und der Grube Teutschenthal sieht die Fraktion DIE LINKE die Notwendigkeit für einen Parlamentarischen Untersuchungsausschuss. Der *umweltpolitische Sprecher* **Hendrik Lange** sagte, dass untersucht werden solle, ob und in welchem Umfang durch Tun oder Unterlassen der Landesregierung und der ihr nachgeordneten Behörden die Umschlagung, Lagerung, Behandlung und Verbringung von Abfällen, Bohrschlämmen usw. entgegen den geltenden Rechtsvorschriften ermöglicht wurden. Dies betreffe im Falle der Obertagedeponie den Zeitraum von 1990 bis Juni 2020 und im Bergwerk Teutschenthal den Zeitraum von 2004 bis Juni 2020. Wurden die erforderlichen Erlaubnisse und Genehmigungen rechtmäßig erteilt? Wurden die Einhaltung geltender Rechtsvorschriften und der in den Erlaubnissen und Genehmigungen enthaltenen Maßgaben ordnungsgemäß überprüft? Sind Verstößen erforderliche Konsequenzen gezogen worden? Mit diesen Fragestellungen soll sich der nunmehr eingesetzte 20. Parlamentarische Untersuchungsausschuss nunmehr befassen.

#Kinder und Jugend

Jugend(verbands)arbeit unter Corona-Bedingungen und danach

Die gesellschaftlichen Folgen der Corona-Pandemie haben dazu geführt, dass die klassischen Formate der Jugendbildung und Jugendverbandsarbeit auf absehbare Zeit nicht funktionieren. Darauf verwies die *jugendpolitische Sprecherin* **Kristin Heiß** in ihrer Rede zur Einbringung des Antrages. Insbesondere Workshops, Seminare, Kurse, Gruppenstunden und Verbandsaktivitäten unterliegen besonderen Beschränkungen und seien nicht oder nicht in der herkömmlichen Form möglich. Wann sich diese Zustände normalisieren, sei im Moment nicht absehbar. Selbst bei Aufhebung der bisherigen Einschränkungen sind Nachwirkungen zu erwarten. Die aktuellen digitalen Angebote in der Jugendverbandsarbeit und Jugendbildung bieten Chancen, die verstetigt werden müssen. Dazu will die Fraktion DIE LINKE mit dem Antrag die rechtlichen Vorgaben und Förderrahmen entsprechend anpassen. Kurzfristig brauchen Institutionen der Jugendarbeit finanzielle Förderung für bedarfsgerechte technische Ausstattung und für Fortbildungen ihrer Fachkräfte. Insgesamt müssen im Bereich der Jugendarbeit zukünftig vor allem Strukturen finanziert werden, die auch in Krisenzeiten flexibel und verlässlich für Heranwachsende agieren können.

#Strukturwandel

Länderübergreifende Zusammenarbeit der Parlamente

Die vom Strukturwandel betroffenen Regionen Mitteldeutsches Revier und Lausitzer Revier befinden sich jeweils in zwei Bundesländern. Deshalb setzen sich die Linksfractionen in Sachsen-Anhalt, Sachsen und Brandenburg in ihren Landtagen für eine länderübergreifende Kooperation ihrer

Parlamente ein. Dies solle nach Aussagen der *energiepolitischen Sprecherin Kerstin Eisenreich* durch einen zeitweiligen Ausschuss in den jeweiligen Landtagen geschehen. Die Lage des Mitteldeutschen Braunkohlereviere über zwei Bundesländer hinweg mit jeweils unterschiedlichen politisch-föderalen und staatlich-administrativen Bedingungen führe zu besonderen Herausforderungen in der kooperativen Zusammenarbeit im Rahmen des begonnenen Strukturwandelprozesses, die die Länder Sachsen-Anhalt und Sachsen zeitgleich bewältigen müssen. Die Parlamente müssten eine aktive Rolle bei der Begleitung des Strukturwandels einnehmen und ein Auge darauf haben, dass die für den Strukturwandel im Mitteldeutschen Revier vorgesehenen Gelder nur für Projekte im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung der Region und entsprechend dem zu entwickelnden Leitbild eingesetzt werden.

Der Landtag entschied sich allerdings mehrheitlich für den Alternativantrag der Koalitionsfraktionen, mit dem sich das Parlament mit der Berichterstattung der Regierung und damit einer passiven Rolle zufriedengibt.

#Wohnen

Bezahlbares Wohnen für Familien mit Kindern, Ältere sowie Menschen mit geringem Einkommen

Wohnen ist ein soziales Grundrecht und ein menschliches Grundbedürfnis. Der Antrag der Fraktion DIE LINKE zielt darauf ab, dass dem zukünftig durch eine gemeinwohlorientierte Förderpolitik des Landes Rechnung getragen wird. Denn, so die *sozial- und familienpolitische Sprecherin Monika Hohmann*, auch in Sachsen-Anhalt drohen aufgrund von Mietentwicklungen Prozesse der Verdrängung und Ghettoisierung statt. Diese müssten verhindert werden. Die Landesregierung wird aufgefordert, die Städtebau- und Wohnraumförderung so auszugestalten und neu auszurichten, dass die Förderung nur noch für sozial orientierte Wohnraumschaffung und Ertüchtigung und nicht mehr für privates Wohneigentum erfolgt. Die Wohnungsunternehmen sollen durch günstige, an strikte Bedingungen geknüpfte Fördermittel unterstützt werden, um weiterhin guten und bezahlbaren Wohnraum zu schaffen und sicherzustellen. Die Sanierung und Modernisierung im Bestand soll so gefördert werden, dass der Verbleib für einkommensschwache Haushalte nicht gefährdet wird. Zudem soll ein landesweiter Mietpreisdeckel auf KdU-Niveau für Geringverdiener*innen erprobt werden.

Erstellt von Kerstin Eisenreich (MdL), 16. Juli 2020

Mehr und Ausführlicheres über Inhalte und Debatten der Landtagssitzungen im Juli 2020 ist auf den Internetseiten der Landtagsfraktion zu finden: www.dielinke-fraktion-lsa.de. Auch auf Facebook und Twitter können die Debatten verfolgt werden.